

Angehörige von Dementen sollen stärker entlastet werden

Luzern Der Kanton und die Gemeinden wollen Menschen mit Demenz besser unterstützen – und auch ihre Familien. Wie die neue Strategie konkret umgesetzt werden soll, bleibt jedoch offen.

5700 Personen leiden im Kanton Luzern derzeit an Demenz. Und es werden immer mehr: Wegen der demografischen Entwicklung werden bereits in drei Jahren rund 14 Prozent mehr an der Krankheit leiden, also rund 6500 Personen. Das entspricht ungefähr der Einwohnerzahl der Gemeinde Neuenkirch. Bis im Jahr 2035 soll sich die heutige Zahl gar auf geschätzte 11 500 Betroffene verdoppeln.

Mit Blick auf diese Zunahme möchte der Kanton gestützt sein. «Das Thema Demenz ist eine der grössten alterspolitischen und sozialen Herausforderungen der Zukunft. Darauf will der Kanton vorbereitet sein», sagte Sozial- und Gesundheitsdirektor Guido Graf an der gestrigen Präsentation der Demenzstrategie 2018–

2028. Diese haben Kanton, Gemeinden, Verbände und weitere Betroffene erarbeitet.

Einer der zentralen Punkte ist es, die Angehörigen zu entlasten. Denn rund die Hälfte der Personen, die an Demenz erkrankt sind, werden zu Hause betreut. «Es braucht ein Entlastungsangebot für die Betreuer», bilanzierte Edith Lang, Leiterin der kantonalen Dienststelle Soziales und Gesellschaft. Ein konkretes Beispiel, wie dies bereits in gewissen Gemeinden umgesetzt wird, konnte Jtm Wolanin, FDP-Kantonsrat und Sozialvorsteher in Neuenkirch, nennen. So gebe es bereits heute Pflege- und Altersheime, welche Notfallbetten belegen werden, wenn beispielsweise eine Frau, die ihren an De-

menz erkrankten Mann betreut, selbst unvorhergesehen hospitalisiert werden muss. Für den Mann bestehe in diesem Fall die Möglichkeit, kurzfristig und vorübergehend das Notfallbett zu beziehen.

Offen bleibt allerdings, wie der Kanton und die Gemeinden genügend Anreize für die Betreiber der Heime schaffen können, sodass sie ein solches Notfallbett wirklich bereithalten – schliesslich kostet auch ein leeres Bett.

Bevölkerung soll sensibilisiert werden

Das Beispiel der Notfallbetten zeigt, dass Angebote für Menschen mit Demenz nur dann wirksam sind, wenn die Betroffenen überhaupt wissen, dass es sie gibt. Der «niederschwellige Zu-

gang zu Information und Beratung», wie es Edith Lang formulierte, ist denn auch ein weiterer Punkt der kantonalen Demenzstrategie, den es künftig umzusetzen gilt. «Unser Ziel ist es, dass sich die Bevölkerung besser über die Krankheit und deren Folgen informieren kann», sagte Lang. So sollen etwa alle Gemeinden über ein Altersleitbild verfügen.

Welche Mittel der Kanton für die Umsetzung der Strategie aufbringen wird, konnte Sozial- und Gesundheitsdirektor Guido Graf auf Nachfrage nicht beziffern. «Es ist kein bestimmter Betrag budgetiert», sagte CVP-Regierungsrat Graf. Es gelte, konkrete Angebote, wie etwa eine Demenz-Tagesstätte oder einen Demenz-Treff, einzeln zu betrachten und allenfalls zu subven-

«Bereits heute wird viel Betreuungsarbeit von Freiwilligen und Angehörigen geleistet – das gilt es auch weiterhin zu fördern.»

Guido Graf
Luzerner Gesundheits- und Sozialdirektor

tionieren. Dies geschehe zurzeit schon mit Lotto-Geldern. «Bereits heute wird viel Betreuungsarbeit von Freiwilligen und Angehörigen geleistet – das gilt es auch weiterhin zu fördern.»

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die 80 Seiten starke Demenzstrategie nun die Stossrichtung in der Thematik vorgibt – insbesondere für die Gemeinden, welche die Alterspolitik auszuführen haben. Graf: «Die Strategie darf nicht zum Papiertiger verkommen und schubladisiert werden. Sie muss umgesetzt werden.» Erleichtert zeigte er sich, dass die konkreten Projekte nun priorisiert und ab 2018 realisiert werden können.

Niels Jost
niels.jost@luzernerzeitung.ch